Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 7 (1927-1928)

Heft: 2

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aufschwung bevorstehe. Sehen wir davon ab, daß dann die Angst vor dem Nihilismus und die fiebernde Leidenschaft, mit der Nietzsche den Kampf gegen alle Arten der Entartung aufnahm, sinnlos würde, so haben wir jetzt vernommen, daß die Völker, als Gattungen, am Wechsel des ständigen Auf- und Niedergangs niemals teilhaben. Kein Volk steigt zur Kulturhöhe und fällt in den Naturzustand zurück, um den Kreislauf von vorne wieder zu beginnen, es sei denn, daß sein Blut durch günstige Mischung von Grund aus wieder aufgefrischt wurde. Hätte Nietzsche sich darauf besonnen, er würde sich wohl gehütet haben, so Willen wie Willkür heilig zu sprechen, den blinden Machthunger geflissentlich zu züchten und vor der „Wahrheit des Lebens" neue Tafeln und Schranken aufzurichten.

Dagegen hat Klages den Gegner gezeichnet und damit von vorneherein sich den Vorteil einer unzweideutigen Einstellung dem Leben gegenüber gesichert. Nicht nur daß er den Geist in seine Schranken wies, daß er eine neue Bewußtseins- und Willenslehre begründete, er hat ebenso sehr nach der anderen Seite hin die Biologie erweitert und ihr neue und ganz ungeahnte Aussichten eröffnet, die eine Berichtigung unseres Weltbildes über kurz oder lang gebieterisch fordern. Darüber ist jüngstens in diesen Heften einiges verlautet worden,[1]) und wir können für heute den Vorhang ziehen, in der Hoffnung, daß mancher von sich aus einen Streifzug wage, der ihn von selber vor jene Aussichten führe.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Die schweizerisch-russischen Beziehungen. — Das Verhältnis zu Frankreich.

Das wichtigste Ereignis in der schweizerischen Außenpolitik der letzten Wochen ist die Beilegung des Streitfalles, der aus Anlaß der Ermordung Worowskys seit Jahren zwischen der Schweiz und Rußland bestanden hatte. Schon seit längerem war aus Zeitungsnachrichten zu entnehmen, daß entsprechende Bemühungen im Gang seien. Bald wurde der deutschen Regierung die Initiative dazu zugeschrieben, bald war von Verhandlungen des schweizerischen Gesandten in Berlin mit russischen Vertretern die Rede. In den Ostertagen ist die schweizerische Öffentlichkeit dann vor die vollendete Tatsache der Beilegung des Streitfalles gestellt worden.

Erinnert man sich der Verhandlungen, die im Winter vorigen Jahres während reichlich sieben Wochen dem gleichen Gegenstand gewidmet waren, so frägt man sich unwillkürlich, warum nicht damals schon zum Ziele führen konnte, was jetzt scheinbar so mühe- und schmerzlos gelungen ist. Die Bedingungen der Schweiz für die Beilegung sind damals genau die gleichen gewesen, unter denen jetzt die Beilegung erfolgt ist. Entweder hat es also an der Vermittlung gelegen, die damals auf die Verständigung der beiden Gegner ungünstig einwirkte,

[1]) Vergl. den Aufsatz von W. Deubel über Johann Jakob Bachofen uud die Gegenwart im Novemberheft 1926.

oder dann ist heute der andere Partner, Rußland, zu größerem Entgegenkommen bereit gewesen. Daß ein Teil Schuld am Scheitern der Verhandlungen im Januar und Februar 1926 auf Rechnung des französischen Vermittlers falle — die Initiative zu den damaligen Verhandlungen ist bekanntlich ausschließlich von der französischen Regierung ausgegangen, die die schweizerische Regierung von ihrer „Vermittler"-Tätigkeit erst in einem weit fortgeschrittenen Verhandlungsstadium in Kenntnis setzte —, ist seinerzeit von einigen englischen und französischen („Matin") Blättern behauptet worden; die französische Diplomatie habe bei der russischen Regierung zu weitgehende Hoffnungen bezüglich des schweizerischen Entgegenkommens erweckt, die dann nachher von schweizerischer Seite nicht hätten erfüllt werden können. Diesmal sollen die Verhandlungen nun ohne die Vermittlung einer fremden Diplomatie direkt und ausschließlich zwischen den schweizerischen und russischen Vertretern geführt und zu Ende gebracht worden sein, immerhin auf besonderen Wunsch, bald heißt es Stresemanns und Briands, bald der englischen Regierung. Sehr wohl im Bereiche der Möglichkeit liegt es aber auch, daß Rußland heute ein ungleich größeres Interesse hat, an den jeweiligen Genfer Konferenzen teilzunehmen, als noch vor fünfviertel Jahren, und entsprechend bereitwilliger gewesen ist, Hand zu bieten zur Beilegung eines Konfliktes, der einer solchen Teilnahme hinderlich war. Sei dem aber wie ihm sei, auf jeden Fall ist die Beilegung dieses Konflikts mit Rußland, wenn sie ja auch noch keineswegs gleichbedeutend ist mit einer Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen beiden Ländern, im Interesse unserer internationalen Lage zu begrüßen. Das aus folgenden Überlegungen:

Die Weltpolitik, sofern sie sich mit dem europäischen und dem angrenzenden asiatischen und afrikanischen Kontinent befaßt, wird beherrscht durch den englisch-russischen Gegensatz. Von der Tiefe oder der Ausgleichung dieses Gegensatzes hängt weitgehend ab, was sich im nächsten Jahrzehnt an Rhein, Weichsel, Donau und Adria, im Mittelmeer und in den Westalpen abspielt. Die langsam wieder zur Großmacht emporwachsende europäische Mittelmacht, Deutschland, hat nun in erster Linie das eine Bestreben, nicht in diesen alles beherrschenden englisch-russischen Gegensatz hineingezogen zu werden. Darum z. T. wohl hat sie sich vor einem Jahr der ehemaligen Genfer Siegerkoalition angeschlossen. Darum wohl vermeidet sie heute, auch dort, wo das Recht voll auf ihrer Seite wäre, eine schroffe Haltung gegenüber nachbarlichen Übergriffen, weil das zu ihrer Isolierung führen oder sie zu einseitiger Anlehnung treiben müßte. Darum wohl auch ihr Wunsch, den großen Nachbarn im Osten, den gefährlichen Gegenspieler des englischen Weltreiches, in nähere Berührung mit den Westmächten zu bringen, in die diplomatischen Tischgespräche von Genf mit einzubeziehen.

Hier laufen die Interessen der Schweiz zweifellos auf eine gewisse Strecke denjenigen ihres nördlichen Nachbarn gleich. Muß die Schweiz in dem westeuropäisch-asiatischen Gegensatz Stellung beziehen, dann läuft sie Gefahr, bei ausbrechenden Kriegshandlungen west-östliches Durchzugsland zu werden, läuft sie Gefahr, in Händel hineingerissen zu werden, die nicht ihre Händel sind, dann sind eben alle Bedenken berechtigt, die von den seinerzeitigen Gegnern des schweizerischen Beitritts zum Völkerbund erhoben wurden. Schon der Beitritt Deutschlands zur Genfer Westmächtekoalition bedeutete für die Schweiz eine Gefahrenminderung. Die Annäherung auch Rußlands an diese schafft weitere Gefahrenpunkte aus dem Wege. Um so mehr, als die Genfer Allianz sich damit immer mehr wieder dem alten Konzert der europäischen Großmächte nähert und die Gefahr eines „solidarischen" Vorgehens des Völkerbundes, dem sich die Schweiz gezwungenermaßen und wider ihren Willen anschließen müßte, damit immer geringer wird. Mit andern Worten: je handlungsunfähiger der Völkerbund wird, desto mehr gewinnt die schweizerische Lage wieder an Sicherheit.

Sieht man die Dinge so an, dann ist die Aufnahme, die die Erledigung des schweizerisch-russischen Streitfalles in unserm Lande gefunden hat, ohne weiteres verständlich. In der deutschen Schweiz hat man dieser Erledigung im ganzen durchaus zugestimmt, wenn vielerorts auch ohne Begeisterung. In der

welschen Schweiz dagegen löste sie zum mindesten Bedauern, bei unsern Überfranzosen gar wilde Empörung aus. Man lese einmal die „Gazette de Lausanne" seit Ostern nach. Kein Tag vergeht, daß nicht in den höchsten Tönen gegen den „schändlichen Berliner Kompromiß" geschimpft und mit allen erdenklichen Mitteln die Volksleidenschaft dagegen aufgepeitscht wird. Da man die vollendete Tatsache der offiziellen Beilegung des Konflikts nicht mehr rückgängig machen kann, will man wenigstens künftig jedem weiteren Schritt, d. h. Verhandlungen über die Wiederaufnahme der beidseitigen Beziehungen, vorbeugen. Geht die augenblickliche Hetze in einzelnen welschen Blättern in der Tonart weiter, so haben wir bald wieder eine Progromstimmung, deren praktische Auswirkung dann erst noch abzuwarten ist. Natürlich hat man dabei auch die innerpolitische Rückwirkung im Auge. Die Schweiz, und das heißt, weil Industrie und damit Arbeiterschaft vorwiegend hier zu Hause sind, die deutsche Schweiz, soll nun einmal nicht zum sozialen Frieden kommen. Einigkeit der breiten Massen des deutschschweizerischen Volkes bedeutet Ende der welschen Vorherrschaft oder zum mindesten wesentliche Minderung des welschen Einflusses auf die Staatsführung. Darum bietet man — wie gegen Grimms Nationalratspräsidentschaft — wieder einmal, zur Rettung der Zivilisation, die Straße auf.

* * *

In Sachen Verschleppung des rechtlichen Austrags des Zonenstreites durch den französischen Senat ist es so gekommen, wie es nichts anders zu erwarten war. Wer bestimmte politische Ziele im Auge hat, läßt sich davon durch keine Geschenke abbringen, sondern er steckt im besten Fall die Geschenke ein und verfolgt seine politischen Ziele weiter. Die zum Zweck der Verzichtserklärung auf die savoyische Neutralität im Nationalrat gespielte Komödie hat den französischen Senat daher auch nicht im entferntesten bestimmt, von seiner Verschleppungstaktik zu lassen. Das schweizerische Entgegenkommen ist ihm einfach noch nicht weitgehend genug. Er will den runden Verzicht auf die savoyische Neutralität. Erst dann gedenkt er sich darüber schlüssig zu werden, wie er es mit dem rechtlichen Austrag des Zonenstreites halten will. Zweifellos würde ihm unsere außenpolitische Leitung auch gerne diesen weiteren Gefallen tun, wenn nicht doch eine gewisse wirkliche Furcht vor der Stimme des Volkes, die sich am 18. Februar 1923 schon einmal so deutlich bekundet hat, vorhanden wäre. Beneidenswert ist daher die Lage, in die sich unsere außenpolitische Leitung wieder einmal hineinmanövriert hat, keineswegs. Herr v. Ernst hat sie wie folgt umschrieben: „Es gilt in der Zonen- und in der Savoyerfrage so zu manövrieren, daß sowohl die Widerstände im französischen Senat als die Widerstände im schweizerischen Volksganzen überwunden werden." Dabei sind allerdings in Wirklichkeit im „schweizerischen Volksganzen" gar keine Widerstände zu überwinden. Das Schweizervolk wird im Gegenteil höchst glücklich sein, wenn seine außenpolitische Leitung kein Rechtsmittel unversucht läßt, die Widerstände im französischen Senat zu überwinden, d. h. diesen endlich zwingt, klare Stellung zu beziehen, ob er den rechtlichen Austrag des Zonenstreites will oder nicht. Widerstand erhebt sich im Schweizervolk lediglich dagegen, daß die Schweiz immer Verzichte aussprechen soll, ohne dafür etwas zu erhalten, außer etwa neuen Ohrfeigen und Fußtritten. Auch der Umstand, daß vor einigen Monaten dem französischen Geldbedürfnis durch so beiläufig zwei- bis dreihundert Millionen Schweizerfranken, ohne jegliches Eingreifen unserer obersten Behörden, etwa durch die Nationalbank, bedingungslos entgegengekommen wurde, während Frankreich jetzt umgekehrt der schweizerischen Einfuhr Tür und Tor sperrt, stärkt im Schweizervolk kaum die Überzeugung von der Fähigkeit und Zielbewußtheit der schweizerischen Außenpolitik.

Vielleicht ist es nicht ganz unzweckmäßig, sich wieder einmal zu vergegenwärtigen, um was es letzten Endes bei dem scheinbar nachgerade so widersinnig gewordenen Streit um die Verhältnisse an unsern Westgrenzen geht. Dabei bedenke man in erster Linie, daß heute wieder Poincaré und Tardieu in Frankreich regieren. Nun sind gewiß weder Poincaré noch Tardieu, noch Herr Alphonse Jouet, Advokat am Obersten Pariser Gerichtshof, aus dessen Buch

„Was ist aus dem Siege geworden" *) wir im folgenden einige Stellen wiedergeben, Frankreich. Aber sie verkörpern die französische Politik, wie sie nun einmal von jedem französischen Regime, sei es dem des Sonnenkönigs, der Revolution, der Napoleone oder der dritten Republik, verfolgt worden ist. Man beachte dabei, daß Jouet sein Buch nicht vor sieben oder acht Jahren, unter dem unmittelbaren Eindruck noch des Krieges und seiner Verhetzung der Geister, sondern vor einigen Monaten geschrieben hat. Es muß daher als kennzeichnendes Stimmungsbild aus dem nationalistischen Frankreich der allerjüngsten Zeit angesehen werden. In dem Kapitel „In Savoyen" (S. 160 u. ff.) macht Jouet also folgende Ausführungen:

„Die Schweizer sind Nutznießer des Wiener Vertrages. Das Land Wilhelm Tells ist ein Schützling Metternichs...

In Genf ist im Lauf der Zeiten oft ein heißer Kampf geführt worden zwischen dem regierenden aristokratischen und dem unterworfenen demokratischen Element. Schon 1782 hatte Frankreich eingreifen müssen, um diese inneren Streitigkeiten zu beschwichtigen. Unsere Revolution gab natürlich der Volkspartei großen Aufschwung. Anfang 1798 bemächtigte sie sich der öffentlichen Gewalt und verlangte die Vereinigung mit Frankreich. Nach einer günstigen Volksabstimmung hielt am 15. April eine Division der italienischen Armee ihren Einzug und Genf wurde der Hauptort des Departements Leman. Halten wir fest, daß es sich also auch hier nicht um eine napoleonische Eroberung handelte...

Nachdem (1815 nach Waterloo) der Adler niedergeschlagen war, schloß sich Bern der Koalition an. Und die gesegnete Stunde der Kompensationen schlug endlich. Man nahm ein wenig weniger, als man gehofft hatte. Aber auch so noch genug. Auf der Höhe von Belfort entriß man uns die Ajoie. Gegenüber von Gex beschlagnahmte man Coppet und das Seeufer. Schließlich genierte man sich noch weniger in Savoyen und schnitt ein Stück davon heraus, um den Kanton Genf zu vergrößern...

Man hätte glauben sollen, daß der Sieg von 1918 das Werk von 1815 in seiner Gesamtheit zerbrechen würde... Man diskutierte anläßlich des Friedensvertrages, mangels territorialer Fragen, die Aufhebung des Zonenservituts. Aber es zeigte sich einmal mehr eine Erscheinung, die wir zur Genüge kennen. Hier, wie für die Grenze von 1814 und für die Rheinische Republik, war ein Erfolg nur möglich, wenn man freimütig an den Gegenstand heranging, d. h. indem man der Schweiz einfach erklärte, was uns gerecht und notwendig erschien und indem man sie zu den allgemeinen Verhandlungen herbeizog, um derart alles auf einmal zu erledigen...

In der Schweiz hatte sich ein Genfer Widerstandskomitee gebildet. Denn zwei Strömungen beherrschen die schöne Leman-Stadt: die eine franzosenfreundlich, bedeutend durch ihre Masse und verstärkt durch eine zahlreiche französische Kolonie; die andere puritanisch, protestantisch, stets geblendet von dem Rom Calvins... Das Referendum (gegen das Zonenabkommen) wurde beschlossen. Aber da man Monate und Jahre hatte verstreichen lassen, um die Geister besser aufwiegeln zu können, ging man erst im Februar 1923 zu den Urnen, einen Monat nach unserer Besetzung der Ruhr und gerade mitten in der dadurch hervorgerufenen Aufwallung. Es handelt sich nicht darum, zu wissen, ob diese Handlung (die Ruhrbesetzung) so unangebracht war, wie sie unfruchtbar bleiben sollte. Aber das ging auf keinen Fall die Schweizer etwas an. Besonders die Genfer, die französischer Rasse sind, sollten wissen, daß es ihnen nicht zusteht, unsere Außenpolitik weder zu billigen noch zu tadeln... Immerhin war in den welschen Kantonen die Mehrheit für die Annahme: der Sinn für ihr wirkliches Interesse nicht weniger wie ihre Sympathien für Frankreich hatte bei ihnen über die Predigten der Fanatiker gesiegt...

*) Alphonse Jouet, Ce qu'est devenue la victoire; Préface de Gabriel Bonvalot; Peyronnet, Paris, 1926; 348 S.; Fr. 4.50.

Sieben Jahre haben wir zum Verhandeln, Diskutieren und Plaidieren aufgewendet: vielleicht werden wir am Ende durch die Schweiz ebenso königlich dupiert sein wie durch Belgien. Es versteht sich von selbst, daß man die Revision der territorialen Bestimmungen nicht einmal diskutiert hat. Trotzdem gab es eine Art und Weise, die Schweiz dafür zu interessieren: an ihrer Ostgrenze waren Lichtenstein und Vorarlberg geneigt, sich mit der Eidgenossenschaft zu vereinigen. Diese Erwerbungen, die die Schweiz so gut abgerundet hätten, indem sie ihr eine Bevölkerung gleicher Rasse wie in ihren östlichen Kantonen gegeben hätten, würden die Rückgabe unserer Gemeinden in Savoyen, in den Departementen Ain (Coppet) und Doubs (Pruntrut) längst aufgewogen haben...

Aber warum auf diesem Punkt beharren. Es ist klar, daß Unterhändler, die nicht einmal fähig sind, die Aufhebung einer wirtschaftlichen Servitut von 1815 zu erreichen, Hardenberg und Pictet de Rochemont nicht in ihren Gräbern stören wollen. Jacques Vaunois hat in einem bemerkenswerten, in der „Nouvelle Revue" vom 1. Februar 1924 erschienenen Artikel angeregt, daß man die Schiedsrichter auch frage, ob der Raub Pruntruts und der Ajoie besser „den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend" sei, als das wirtschaftliche Vorrecht der Genfer. Er hat recht. Man könnte ihnen auch diesen Fragepunkt vorlegen: Haben wir uns vier Jahre geschlagen, um das Werk Metternichs zu festigen?"

Soweit Herr Jouet, von dessen Geist heute auch etwas in der französischen Senatskommission lebendig zu sein scheint. Er vergißt nur eins: daß es Frankreichs Sache ist, um was es sich im Weltkrieg geschlagen hat. Die Schweiz hat auf jeden Fall an diesem Krieg nicht teilgenommen und fühlt sich entsprechend weder als Sieger noch als Besiegter. Sie macht daher auch gar nichts anderes geltend als ihr gutes Daseinsrecht und will nichts anderes, als behalten, was ihr gehört. Es wäre im Interesse der schweizerisch-französischen Beziehungen wünschenswert, daß unsere Regierung sich endlich einmal eindeutig auf diesen Standpunkt stellte und Frankreich zu verstehen gäbe, wie man in der Schweiz in dieser Hinsicht denkt. Sonst geraten wir immer tiefer in eine Sackgasse hinein, aus der es schließlich keinen vernünftigen Ausgang mehr gibt.

Zürich, den 23. April 1927.

Hans Oehler.

Die Politik der schweizerischen Elektrizitätswerke.

Der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke hat unter dem Datum des 23. November 1926 in einem Schreiben an den hohen Bundesrat zum Postulat Grimm Stellung genommen.[1]) Dieses Schreiben ist das Ergebnis einer Besprechung unter den Leitern der größern Elektrizitätswerke über das schweizerische Elektrizitätsproblem. Es gibt ein gutes Bild über die Ansichten und über die Politik der Werke. Es bestätigt sich hier wieder, daß die gegenwärtigen maßgebenden Kreise der schweizerischen Elektrizitätswerke nicht nur ein durch den Selbsterhaltungstrieb getrübtes Urteilsvermögen besitzen, sondern daß die von ihnen befolgte Politik zum Teil auch der Aufrichtigkeit ermangelt. Es ist bedauerlich, daß die Leiter und Führer unserer Energiewirtschaft die Zeichen der Zeit nicht verstehen wollen und man zu so scharfer Kritik gezwungen wird.

Der Inhalt des Schreibens an den Bundesrat und die Behauptungen der Elektrizitätswerke lassen sich in folgende vier Punkte zusammenfassen. Es wird unter anderem gesagt:

1. daß die schweizerische Elektrizitätswirtschaft es bei der heutigen Ordnung auf eine Stufe gebracht hat, die in keinem anderen Lande der Welt erreicht worden ist;

---

[1]) Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, 1926, Dezember, Seite 612.

2. daß die wirtschaftlichen und nützlichen, mit der Zeit notwendig werdenden Vervollständigungen der Verteilanlagen sich gut wie bisher ohne Walten eines neuen Amtes vollziehen lassen;
3. daß die nationalrätliche Kommission zur Prüfung der elektrizitätswirtschaftlichen Fragen in einzelnen Punkten unvollkommen oder nicht unterrichtet war;
4. daß uninteressierte, sachverständige Kreise nicht für eine weitgehende Einmischung des Bundes eingetreten sind und auch die größte Zahl der Konsumenten einsehen, daß es keinerlei Vorteile bringen würde, wenn durch bundesgesetzliche Maßnahmen in die bestehende Organisation weitgehend eingegriffen würde.

Aus diesen Behauptungen ziehen die Elektrizitätswerkleiter die Schlußfolgerung, daß die gegenwärtige Ordnung unserer Energiewirtschaft allen Anforderungen entspricht. Sie empfehlen dem Bundesrat, auf neue gesetzgeberische Eingriffe zu verzichten, da diese in keiner Weise geeignet seien, die heutige Situation günstiger zu gestalten oder die Gestehungspreise der Energie herabzusetzen. Diese Behauptungen der Elektrizitätswerke treffen in Wirklichkeit aber nicht zu und ihre Schlußfolgerungen sind daher unrichtig.

Nach Punkt 1 wird gesagt, daß kein Land in der Elektrizitätswirtschaft die hohe Stufe erreicht habe, wie die Schweiz. Diese Behauptungen werden von den Werken mit den Argumenten „bewiesen", daß die Schweiz von allen Ländern den höchsten Verbrauch an elektrischer Energie pro Kopf der Bevölkerung aufweist und daß von 3,950,000 Einwohnern der Schweiz 3,840,000, also 96 % die Möglichkeit besitzen, aus dem bestehenden Verteilnetz elektrische Energie zu beziehen. Die Ausbreitung und Verwertung der elektrischen Energie sagt aber noch gar nichts Positives über die Güte der Elektrizitätsunternehmungen. Dazu kommt, daß die Verbreitung teilweise eine reine Kapitalfrage ist, in welcher die schweizerischen Werke durch die besondere Unterstützung des Staates, im Vergleich zu andern, zum vorneherein im Vorteil sind. Überdies, was nützt es, wenn die Möglichkeit für den Bezug der Energie vorhanden, dieselbe aber so teuer ist, daß sie nur für das Notwendigste, nicht aber in den großen Mengen verwendet werden kann, wie es zweckmäßig und möglich wäre. Den Anspruch, die vorbildlichste, auf höchster Stufe stehende Elektrizitätswirtschaft zu besitzen, kann wohl dasjenige Land erheben, in dem mit den geringsten Mitteln unter den gegebenen Verhältnissen die technisch und wirtschaftlich beste Lösung geschaffen wird. An diesem Maßstab gemessen, ist die Schweiz weit davon entfernt, an erster Stelle zu stehen. In unserer Energiewirtschaft ist vor allem überflüssig, ja schädlich die Aufteilung der elektrischen Energieerzeugung und -verteilung in viele selbständige Einzelunternehmen, ist überflüssig der Zwischenhandel, ist überflüssig der luxuriöse Bau und die komplizierte Ausrüstung von Kraftwerken, überflüssig eine zu große Investierung von Kapital. Notwendig ist eine technisch zuverlässige, wirtschaftliche, einheitlich geführte Organisation unserer Elektrizitätswerke, die einem Ordnungsgedanken folgt und die keine Sonderinteressen, sondern nur das Wohl des Landes und seiner Bevölkerung kennt. Viele Elektrizitätswerke, auf die unsere Elektrizitätswerkleiter besonders stolz sind, werden von ausländischen Sachverständigen mehr bestaunt als bewundert. So äußerte sich ein hervorragender amerikanischer Ingenieur zur Frage, wie er über den Bau von schweizerischen Kraftzentralen denke: „Ja zum Teil sind die Anlagen sehr schön, aber wissen Sie, wenn wir in Amerika so bauen wollten, dann wären wir schon morgen Bankerott." Man wende nicht ein, daß in der Schweiz die Verhältnisse ganz andere seien, denn das trifft in dieser Frage nicht zu. Die amerikanischen Werke erzeugen nicht nur qualitativ hochwertigen Strom zu billigerem Preis, auch ihre Betriebssicherheit ist höher als bei uns. Auch diese Tatsache scheint dem Verband unbekannt zu sein, sonst hätte er es wohl unterlassen, die Behauptung aufzustellen, daß die schweizerischen Elektrizitätswerke auf einer so hohen Stufe stehen, wie sie von keinem anderen Lande erreicht wird.

Außer von der technischen wird auch von der finanziellen Seite her die Güte unserer Elektrizitätsversorgung nachteilig belastet. Die Werke schieben die Schuld gerne auf die Steuern und die Abgaben an den Staat. Gewiß sind

diese Belastungen hoch, doch kommen sie in den meisten Fällen dem Volksganzen wieder zugut, was nicht gesagt werden kann von der durch die Werke verschuldeten zu großen Kapitalinvestierung. Daß wir in unserer Elektrizitätswirtschaft mehr Geld anlegen als nötig ist, wird von Seiten der Werke, so z. B. vom Delegierten des Verwaltungsrates der Nordostschweizerischen Kraftwerke, Oberst Erny, in seinem Aufsatz „Einheitliche Elektrizitätswirtschaft" zugegeben.[2]) Dieser Aufsatz ist übrigens sehr beachtenswert, weil darin zum ersten Mal aus dem Kreis der Elektrizitätswerke die Zentralisation unserer Elektrizitätswirtschaft als wirtschaftliche Notwendigkeit befürwortet und verlangt wird.

In dem Schreiben an den Bundesrat lehnt der Vorstand des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke den Vorschlag Ernys mit der Begründung, daß er bei den bestehenden politischen Verhältnissen undurchführbar sei, ab. Es besteht aber sowohl für den in der Materie bewanderten Ingenieur, wie für den Volkswirtschafter kein Zweifel, daß eine zweckmäßig durchgeführte Vereinheitlichung, d. h. Zentralisation unserer Energiewirtschaft ganz hervorragende wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen würde; ferner, daß die Zentralisation eine Notwendigkeit geworden ist, die sich mit der Zeit sowieso nicht umgehen läßt; und drittens, daß, je länger mit der Vereinheitlichung zugewartet wird, dieselbe umso teuerer, für die Zukunft belastender, wird. —

In Punkt 2 wird von den Werken gesagt, daß die wirtschaftlichen und nützlichen, mit der Zeit notwendig werdenden Vervollständigungen der Verteilanlagen sich so gut wie bisher ohne das Walten eines neuen Amtes vollziehen lassen. — Wie bisher — wir legen Nachdruck auf dies Wort — im Ausbau unseres Kraftübertrag- und Verteilsystems vorgegangen wurde, ist treffend von Herrn Ingenieur W. Trüb, Direktor des Elektrizitätswerkes der Stadt Zürich, vor ca. einem Jahr illustriert worden. Herr Trüb schreibt[3]): „Im Jahre 1924 lag das Programm für die Schaffung eines billigen und doch leistungsfähigen schweizerischen Sammelnetzes klar da... Mit einem minimalen Aufwand für neue Leitungen konnten vorhandene Leitungen und Schaltstationen organisch zusammengefaßt werden. Dies war das neue, durch die veränderten Verhältnisse gegebene Programm; seine Durchführung wurde verpaßt." Schon 1920 war ein großzügiger Plan für ein schweizerisches Sammelnetz vorgeschlagen worden, der aber an den Sonderinteressen, die jedes Werk für sich verfolgt hat, gescheitert ist. Jede solche „Verpassung" kostet viel, sehr viel Geld und ist nur mit schweren Opfern wieder gut zu machen. Man kann sich also vorstellen, was das bedeutet, wenn die Werke wie bisher das Verteilnetz ausbauen.

In Punkt 3 wird von den Werken festgestellt, daß die nationalrätliche Kommission zur Prüfung der elektrizitätswirtschaftlichen Fragen in einzelnen Punkten unvollkommen oder gar nicht unterrichtet war. Das ist bedenklich, denn die Kommission könnte auch in anderen Punkten, die den Werken nicht so unangenehm sind, nicht richtig informiert gewesen sein. Wie kann aber ein solch komplexes Problem, wie die schweizerische Elektrizitätswirtschaft es darstellt, gelöst werden, wenn eine gründliche Sachkenntnis fehlt? Es ist das übrigens nicht das erste Mal, daß gegen eine Kommission, die in Kraftwerksangelegenheiten mitwirkte, Vorwürfe wegen ihrer Unzulänglichkeit erhoben wurden; erinnert sei hier nur an die Äußerungen des Zürcher Stadtrates zum Bericht der Untersuchungskommission in Sachen Bündner-Kraftwerke. Merkwürdig ist auch das Verhältnis der eidgenössischen Kommissionen zu den Fachverbänden. Erstere ignorieren die Anregungen der letztern oft vollständig, wie z. B. 1924 bei der Regelung über die Ausfuhr elektrischer Energie.[4]) Es muß allerdings zu Gunsten der Kommissionen zugegeben werden, daß es nicht möglich ist, bei den schweizerischen Werken gemeinsame Richtlinien und Gesetze ihrer Arbeitsweise herauszufinden. Jedes Werk hat seine eigene Praxis und findet die Arbeiten der andern für sich als unmaßgeblich oder gar als falsch. Eine solche Zersplitte-

[2]) „Neue Zürcher Zeitung", 1926, Nr. 1772, 1778, 1786.

[3]) „Probleme der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft"; Schweizerische Bauzeitung, 1926, Nr. 12; vergleiche dazu Nr. 19.

[4]) Schweizerische Bauzeitung vom 4. Oktober 1924.

rung der Werke unter sich, wie den Behörden und der Öffentlichkeit gegenüber muß für ein Land von der Größe der Schweiz verheerend sein. —

Unter Punkt 4 behauptet der Verband schweizerischer Elektrizitätswerke, wirkliche Kenner der Verhältnisse und wohl die weitaus größte Zahl der Konsumenten sähen ein, daß es keinerlei Vorteile bringen würde, wenn durch bundesgesetzliche Maßnahmen in die bestehende Organisation weitgehend eingegriffen würde. Zehn Tage vor dem Schreiben der Werke hat jedoch der Schweizerische Energiekonsumentenverband ein Schreiben an den Bundesrat gerichtet, dessen Inhalt wie folgt zusammengefaßt ist[5]): „Die Konsumenten verlangen eine planmäßige Entwicklung unter behördlicher Aufsicht, resp. eine Garantie dafür, daß das Gemeinwohl bei der Behandlung der Fragen, welche die Elektrizitätsversorgung des Landes betreffen, gegenüber den Interessen der Produzenten-Gruppen unter sich oder gegenüber den Wiederverkäufern, in den Vordergrund gestellt wird." Die Erfüllung dieser selbstverständlichen Forderung würde nach Ansicht der Werke eine „sehr umfassende Gesetzrevision notwendig machen". Das Begehren des Schweizerischen Energiekonsumenten-Verbandes steht also offensichtlich im Gegensatz zu der obenstehenden Behauptung der Werke.

Wie verhält es sich nun noch mit der Aussage, daß sachverständige, wirkliche Kenner der Verhältnisse keine Neuordnung unserer Elektrizitätswirtschaft verlangen? Die nach Ansicht der Werke wirklichen Sachkenner stehen wohl im Dienst der Werke selbst oder im Dienst der schweizerischen Elektrizitätsindustrie. Es ist nun Tatsache — der Beweis kann erbracht werden —, daß mit ganz wenigen Ausnahmen kein sachverständiger Ingenieur an unseren Elektrizitätswerken Kritik üben darf, ohne seine Stellung zu gefährden. Wagt er trotzdem eine offene und sachliche Kritik, so kann er sicher sein, daß die Werke versuchen werden, ihn um sein tägliches Brot zu bringen. Diesen Druck üben die Werke nicht nur gegenüber ihren eigenen Ingenieuren aus, sie dehnen ihn auch auf die Sachverständigen in den übrigen schweizerischen Firmen aus. Ist das nicht der beste Beweis für das schlechte Gewissen der Werke? —

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, dürften diese Ausführungen genügen, um die Politik der Elektrizitätswerke in das richtige Licht zu stellen. Sie dürften auch, mit anderen Veröffentlichungen, die Notwendigkeit einer Neuordnung unserer Energiewirtschaft bestätigt haben. Diese Neuorganisation darf sich nur im Sinne der Zentralisation, d. h. der Rationalisierung, der Vereinfachung unserer Elektrizitätsversorgung bewegen. Die eidgenössischen Behörden und Kommissionen sollten die verantwortlichen Führer unserer Elektrizitätswerke einzeln veranlassen, zum Problem unserer Elektrizitätswirtschaft Stellung zu nehmen; vor allem sollten diese sich über die Möglichkeit, die Notwendigkeit, die wirtschaftlichen Folgen der Vereinheitlichung aussprechen. Außerdem sollen sie klipp und klar die Frage beantworten, ob ihrer Ansicht nach die Zentralisation der Werke sich umgehen läßt oder nicht und welches der günstigste Zeitpunkt zu deren Durchführung ist, d. h. ob nicht bei längerem Zuwarten die Vereinheitlichung verteuert wird. Über die politische Wünschbarkeit der Vereinheitlichung der Elektrizitätsversorgung haben sich die Werke nicht auszusprechen. Es ist Aufgabe der Räte, zu entscheiden, ob es sich rechtfertigen läßt, die wirtschaftlichen Vorteile der Zentralisation den politischen Verhältnissen zum Opfer zu bringen. Mit diesen Antworten und den bereits vorliegenden Arbeiten über dieses Problem wird es den eidgenössischen Räten und Behörden nicht schwer fallen, die Lösung für eine gesunde, zweckmäßige Elektrizitätswirtschaft unseres Landes zu finden.

April 1927. Max Leo Keller.

---

[5]) Eingabe des Schweizerischen Energie-Konsumenten-Verbandes vom 13. November 1926 an den h. Bundesrat über die Elektrizitätsversorgung des Landes. S. a. Schweizerische Wasserwirtschaft, 1926, Nr. 11.

Zur politischen Lage.

Das explosionsgefährliche Italien. — Mussolini und Albanien. — Italienische Balkanpolitik.

„Italien muß sich ausdehnen oder explodieren!" so hat Mussolini vor einigen Wochen erklärt. Er hat damit seine Lage kurz und richtig umschrieben. Er hätte auch ebensogut sagen können, er müsse immer neue Erfolge haben oder abtreten. Die Entwicklung der italienischen Politik ist wirklich heute zwangsläufig gegeben. Der Kräfteüberschuß des Staates, der unaufhörlich hochgepeitschte Ausdehnungswille der Fascisten treibt die Regierung zu immer neuen fieberhaften Bemühungen an. Die Arbeit im Innern ist im großen Ganzen getan. Mit Ausgrabungen in Rom, in Pompeji u. s. w., mit innern Siegen lassen sich die Massen und die heißblütigen, bis zum Bersten erhitzten Anhänger auf die Dauer nicht beschäftigen. Es braucht die äußern Erfolge. Es braucht aber auch hier größere Erfolge, als man sie bis jetzt erzielt hat. Was wollen die kleinen Landfetzen besagen, die man von England und Frankreich in Tripolitanien, von England unter zwei Malen in Ostafrika erhalten hat? Es braucht größere Gewinne. Mussolini scheut sich auch gar nicht, dies ganz offen zu erklären. Und seine Presse wiederholt diesen Leitsatz der italienischen Politik tagtäglich unermüdlich in immer neuen Variationen.

Aber einstweilen sind die Aussichten für die Erfüllung der fascistischen Wünsche noch recht unsicher. Die glücklichen Besitzer all der von Mussolini begehrten Dinge denken gar nicht daran, sie freiwillig herzugeben. Es bleibt also eigentlich nur die Gewalt oder eine glückliche Gruppierung, bei der man sie als Kaufpreis für irgend einen Freundschaftsdienst erhalten könnte. Zur Gewalt zu greifen erscheint einstweilen noch recht unwillkommen zu sein, die richtige Gruppierung aber läßt auf sich warten. So muß sich Mussolini immer noch darauf beschränken, bald da, bald dort kleine Vorteile politischer oder wirtschaftlicher Art einzuheimsen und den Boden für die kommenden großen Taten vorzubereiten. Er scheut dabei vor keinem Mittel zurück. Da ihm auch die in beständigem Flusse befindlichen Verhältnisse immer wieder Gelegenheit geben, einzugreifen, so bringt jeder Monat wieder einen neuen Schachzug Roms in diesem verworrenen Spiele an den Tag.

Den besten Einsatzpunkt für eine solche Politik bietet natürlich der Gürtel von Mittel- und Kleinstaaten, der sich von der Ostsee bis zum ägäischen Meere hinunterzieht, der vergrößerte Balkan. Hier, wo jeder einzelne Staat mit sozusagen allen seinen Nachbarn verfeindet ist, findet zielbewußte Staatskunst immer neue Möglichkeiten. Mussolini hat denn auch, seitdem er die Macht in Italien an sich gebracht hat, hier beständig gewirkt. Mit welcher Erwartung wurde seinerzeit seine Einigung mit Südslawien begrüßt! Welch gewaltiges Aufsehen hat sein Zusammenstoß mit Griechenland verursacht, der bekannte Korfu-Konflikt. Wie aufmerksam verfolgte man die Bemühungen, mit den Bolschewisten als andern Balkan-Interessenten zu einem Zusammengehen zu gelangen. Welche Spannung riefen jeweilen die Nachrichten hervor, die von einem bevorstehenden Angriff auf die Türkei zu berichten wußten. Man sieht, Mussolini hat auf dem Balkan schon so ziemlich alle Eisen im Feuer gehabt. Er hat es mit Güte und mit Gewalt, mit alten Feinden und frühern Freunden versucht. Das Ergebnis war lange Zeit recht mittelmäßig: Mißtrauen überall, nicht nur auf dem Balkan, kein irgendwie greifbarer Gewinn! Allerdings, das prägte sich allen Beteiligten und Zuschauern ein, daß man es hier mit einer Politik von unheimlicher Lebendigkeit und Energie und ebensogroßer Rücksichtslosigkeit und Wetterwendigkeit zu tun hat.

* * *

Schließlich ist Mussolini aber doch ein Schlag gelungen, der gesessen hat und wohl in Zukunft noch allerlei einbringen wird. Es war wirklich ein Meisterstück, den von den Serben unterstützten und geschobenen Machthaber in Albanien für sich zu gewinnen. Und noch meisterhafter war es, gleich einen Vertrag abzuschließen, der Italien nicht nur den Schutz nach Außen, sondern überhaupt

den Schutz der bestehenden Regierung übertrug. Der albanische Häuptling wollte sich natürlich damit gegen ein plötzliches Ende seiner Herrlichkeit sichern, gegen ein Ende, wie er es selbst seinem Vorgänger mit Hilfe der Serben bereitet hat. Italien aber gewann damit die Möglichkeit, in aller Form des Rechtes gegen jeden aufzutreten, der sich diesem Vertrage von Tirana widersetzen möchte. Es hat einstweilen den Vertrag unabänderlich gemacht und damit seine Vormundschaft über Albanien gesichert. Im Schutze dieses Abkommens gehen nun die Italiener daran, das Land wirtschaftlich für sich zu erschließen. Sie gehen aber auch daran, durch Hafen- und Straßenbauten, bald vielleicht auch durch Eisenbahnen alle Erleichterungen für eine künftige Besetzung als Aufmarschgebiet gegen Südslawien zu schaffen. Kurz, Italien richtet sich auf diesem Stück Balkan häuslich ein und wird es sicher eher endgültig einverleiben, als auf die errungenen Vorteile wieder verzichten.

Albanien hat ja auch für Italien eine ganz besondere Wichtigkeit. Es beherrscht die enge Mündung der Adria, die Italien so gerne zu einem italienischen See machen möchte. Der Besitz des albanischen Ufers gestattet es den italienischen Streitkräften, die Adria förmlich abzukapseln. Das haben die Österreicher und die deutschen U-Boot-Kommandanten während des Weltkrieges erfahren. Albanien bietet aber auch wirtschaftlich große Entwicklungsmöglichkeiten, was für Italien mit seinem Kräfteüberschuß von entscheidender Wichtigkeit ist. Dabei darf man nicht vergessen, daß die Italiener sich schon lange Jahrzehnte vor dem Kriege bitter mit Österreich über den entscheidenden Einfluß in Albanien stritten. Sie haben das Land dann während des Weltkrieges besetzt und schließlich 1918 ganz in ihre Hand gebracht. Der innere Zusammenbruch in den Nachkriegsjahren hat jedoch hier der italienischen Herrschaft ein geradezu klägliches Ende bereitet. Das haben die Fascisten nie verwinden können. Mit umso größerer Genugtuung begrüßen sie deshalb die neuen Ereignisse!

Genau die entgegengesetzte Wirkung hatte der Vertrag von Tirana natürlich in Südslawien. Auch dieses Land hat schon lange eroberungslustig nach Albanien ausgesehen. Man denke nur an die langen, erbitterten Kämpfe der Montenegriner um Skutari, das sie in den Balkankriegen von 1912/13 schließlich mit Hilfe der Serben auch gewannen. Seit dem Weltkrieg hat man dann mit dem italienischen Einflusse im Lande gerungen. Man erkannte denn auch in Belgrad die Bedeutung des Ereignisses von Tirana im ersten Augenblick. Man wußte sofort, daß jetzt der Italiener einen entscheidenden Zug glücklich getan hatte. Die ganze bisherige Politik war damit gescheitert. Die Einigung mit Italien war nutzlos geblieben. Die Opfer, die man dafür auf sich genommen hatte, waren völlig vergeblich. Das war ein solcher Schlag, daß der langjährige Außenminister Nintschitsch sofort zurücktrat. Es konnte aber gar kein Zweifel darüber bestehen, daß man sich in Südslawien mit dem Ereignis nicht abfinden würde und nicht abfinden konnte. Italien in Albanien bedeutet eine ständige Gefahr in der Flanke.

Aus dieser Sachlage heraus gewann der alte und naturnotwendige Gegensatz der beiden Nachbarn an der Adria plötzlich wieder seine frühere Schärfe. In Südslawien erinnerte man sich mit neuer Bitterkeit an die italienische Herrschaft über weite südslawische Gebiete im frühern österreichischen Küstenlande. Man machte sich auch sofort daran, das stets glimmende Feuer in Albanien richtig zu schüren, um bei dem entstehenden Brande die Italiener um ihren Gewinn zu bringen. In Rom erwartete man wohl nichts anderes und überwachte die Ereignisse in Albanien und an seinen Grenzen argwöhnisch. Als man dort Vorbereitungen merkte, zögerte man keinen Augenblick. Mussolini schickte sofort nach Belgrad eine Note, die an Schärfe nichts zu wünschen übrig läßt. So kam es zu dem seit Wochen andauernden Federkrieg. Südslawien hat dabei den Vertrag von Tirana wieder aufs Tapet gebracht. Da versteht aber Mussolini noch weniger Spaß als sonst und hat diesen Versuch in einer Form zurückgewiesen, die von der berühmten Diplomatenhöflichkeit wenig mehr erkennen ließ. Er hat aber auch seinerseits zum Hiebe ausgeholt. Er verlangt nun die Annahme der vor Jahren abgeschlossenen Ver-

träge von Nettuno durch Südslawien. Diese bildeten seinerzeit das südslawische Opfer auf dem Altar der italienischen Freundschaft. Man hat aber dieses Opfer wohl nachträglich für zu groß angesehen und es nicht geschluckt. Diese Verträge von Nettuno würden nämlich den Italienern in dem von ihnen ebenfalls sehr begehrten Dalmatien eine verhältnismäßig starke wirtschaftliche und kulturelle Bewegungsfreiheit einräumen. Man kann sich nicht sehr darüber wundern, daß man heute in Belgrad auf diesem Ohre nicht mehr gut hört! So geht eben der Zeitungskrieg weiter. Die italienischen Blätter wissen von immer neuen südslawischen Rüstungen zu berichten. Vieles davon trägt den Stempel der Erfindung unverkennbar. Einzelnes wird richtig sein. Auf jeden Fall aber ist jetzt an der Adria wieder das altgewohnte Verhältnis der bittersten Feindschaft zwischen Slawen und Italienern hergestellt.

* * *

Darüber hinaus hat jedoch die Politik Mussolinis den gesamten Balkan in Aufregung gebracht. Da kam zuerst der Vertrag mit Rumänien, der diesem den Besitz Bessarabiens garantierte. Rom wollte sich offenbar in Rumänien einen Bundesgenossen im Rücken Südslawiens schaffen. Man wird sich aber wohl in Italien über die Standfestigkeit dieses Bundesgenossen keinen Illusionen hingeben. Der Wert eines solchen Bündnisses ist mittelmäßig, wenn man sich wohlwollend ausdrücken will. Aber Italien hat in Rumänien auch erhebliche wirtschaftliche Interessen zu wahren. Außerdem schlägt die rumänisch-italienische Freundschaft zusammen mit der südslawisch-italienischen Feindschaft ein tiefes Loch in die französische Schöpfung der kleinen Entente. Vielleicht war die Sprengung dieses ungern gesehenen Bundes ein Hauptzweck der ganzen Aktion. Das Zusammengehen mit Rumänien mußte zwangsläufig eine Verfeindung mit den Bolschewisten veranlassen. Diese ist auch prompt eingetreten. Die Russen wollen auf Bessarabien nicht verzichten und betrachten jeden als Feind, der den Rumänen hilft. Damit ist das unnatürliche Zusammengehen zwischen Bolschewisten und Fascisten zu Ende gegangen. Man wird wohl nicht fehl gehen, wenn man darin auch ein Ergebnis der allgemeinen Mobilmachung Englands gegen Rußland erblickt. Da Italien England überall so weit als möglich unterstützt, in der Hoffnung, dabei auch etwas zu ergattern, ist dieser Zug im politischen Spiel heute wohl begreiflich.

Unterdessen hat sich aber Mussolini auf dem Balkan weiter umgetan. Es ist ihm gelungen, noch einen andern Bundesgenossen im Rücken Südslawiens zu finden, Ungarn. Dieser Staat ist erheblich standfester als Rumänien. Hier ist auch ein so ehrlicher Haß gegen die Südslawen vorhanden, daß man in Rom darauf gehen kann, daß die Ungarn im entscheidenden Augenblick ihren Mann stellen werden. Also hat man mit ihnen abgeschlossen. Was man freilich dem Grafen Bethlen geboten hat, das sieht man heute noch nicht. Umsonst stürzen sich aber die Ungarn sicher nicht in Unkosten. Bei diesem neuen Schritt mußte es Italien freilich in Kauf nehmen, daß die Begeisterung in Rumänien einen erheblichen Dämpfer erhielt. Gleichzeitig hat die Kleine Entente für die Rumänen wieder mehr Wert erhalten, da sie ja in erster Linie zur Niederhaltung Ungarns dienen soll. Das ist eben die Schwierigkeit der Balkanpolitik, daß jede Freundschaft ohne weiteres auch die Feindschaft mit den Nachbarn bedingt.

Italien wird aber wohl nicht zögern, auf der beschrittenen Bahn weiter vorwärts zu gehen. Bereits wird von Unterhandlungen mit der Tschechoslowakei berichtet. Das würde der kleinen Entente gelten. Es handelt sich um deren völlige Sprengung und damit um die Vereinzelung Südslawiens. Weiter im Süden spielt sich wohl in Bulgarien mancherlei ab. Man könnte die Bulgaren gegen Südslawen und Griechen, auch gegen die Türken gut gebrauchen. Es erhebt sich aber wieder die Frage, was wohl Rumänien dazu sagen wird. Nun, in einigen Monaten wird man es wissen!

Tatsache ist es, daß heute Italien die Balkanpolitik beherrscht. Die Initiative liegt völlig bei ihm. Nur muß man gerade in dieser Weltgegend bei der Bewertung politischer Erfolge recht vorsichtig sein. Die Verhältnisse

ändern sich hier verhältnismäßig so rasch und so gründlich, daß man immer auf Überraschungen gefaßt sein muß. Alle die diplomatischen Erfolge Mussolinis müssen also sehr vorsichtig beurteilt werden. Es sind das recht zarte Pflänzchen, die eifrig gepflegt werden müssen. Das ist umso mehr nötig, als diese ganze Politik im schärfsten Gegensatz zu Frankreich erfolgt. Dieses war ja nach dem Kriege auf dem Balkan sozusagen Alleinherrscher. Jetzt sieht es sich plötzlich aus dem Sattel geworfen und muß sich verteidigen. Daß es das wirklich tut, das kann man an dem bittern Tone der italienischen Presse leicht erkennen. Nun hat aber Frankreich in allen Hauptstädten des Balkans derartig alte und gute Beziehungen, daß man sich nur schwer vorstellen kann, daß dies nicht bald wieder einmal recht deutlich hervortreten würde. Einstweilen stützt Paris Belgrad aufs kräftigste. Die Fortsetzung wird man bald einmal erleben. Es kann hier unten noch zu einem spannenden Duell zwischen den beiden lateinischen „Schwestern" kommen.

Aarau, den 20. April 1927. Hektor Ammann.

Kultur- und Zeitfragen

Das schweizerische Idiotikon.

Ein Dankeswort beim Erscheinen des 100. Heftes.

Im Jahre 1881 erschien bei Huber & Co. in Frauenfeld die 1. Lieferung des „Schweizerischen Idiotikons". Im Sommer 1926 ist das 100. Heft herausgekommen.

Das Werk umfaßt demnächst neun starke, hohe Bände, insgesamt etwa 16,000 Spalten. Noch ein gutes Dutzend Jahre, und dann wird das Gesamtwerk, ein Dutzend große Bände mindestens, in der Welt stehen. Vielleicht werden Reihe und Frist noch ein bißchen länger. Sicher ist, daß es fertig dastehen, sicher auch, daß es unvergänglichen Bestand haben wird. Schon die starken Rücken aus schönem braunem Leder mit den hoffnungsvoll grünen Lederschildern verbürgen unzerstörbare Dauer.

Und was sie fassen und halten, die zähen, strammen Bände, das hat erst recht die Gewähr unverwüstlicher Lebendigkeit und Nutzbarkeit in sich. Das wird nicht nur bleiben, sondern wachsen an Wert und Wichtigkeit von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, von Jahrhundert zu Jahrhundert. In diesen sichern Truhen ruht und dauert etwas, was im Leben flieht und wechselt und am Ende gar einmal schwindet, ein Einzigartiges, dereinst Unwiederbringliches: der schweizerdeutsche Sprachschatz.

Aber der ist doch nicht zum Einsargen reif, der glänzt und klingt doch Tag für Tag, jahraus, jahrein in der Schweizersonne! Von Bünden bis ins Wallis und bis in die Rheinecke bei Basel hinunter und dem Rheine nach zum Bodensee und wieder hinauf ins Bündnerland und zwischen drinnen weit und breit über Berg und Tal hin schwätzt ja männiglich, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, schwätzt schweizerdeutsch und dazu noch gründlich nach dem ganz eigenen Mundwerk, wie es ihm in seinem Tal und seinem Nest gewachsen und gewohnt ist. Ein Zürcher und ein Basler sind, treuer Eidgenossenschaft unbeschadet, im Mundwerk zweierlei, nicht nur in Lauten und Formen, sondern auch in Worten und Wendungen, und zwischen den St. Gallern und den von ihnen eingeschlossenen Appenzellern hat's sicher nicht nur zur Zeit der Appenzellerkriege „Differenzen" gegeben, und sogar der Rheinwalder und der ganz nah verwandte Safier haben einen Haufen Sachen und Wörter, die nur diesem und jenem geläufig sind. Das ist eine Mannigfaltigkeit und Vielgestaltigkeit von Ort zu Ort, eine Unmenge auch von Lebensarten und Berufen und Bedürfnissen und Erlebnissen von Stunde zu Stunde, von Tag zu Tag, durch